

Stabile Regierung wird erwartet

Neujahrsempfang des UVC zeigt Wünsche der Wirtschaft

CUXHAVEN sh · Eins war beim Neujahrsempfang des UVC, der Unternehmer Vereinigung in Cuxhaven, sofort klar. Ohne eine stabile Regierung in Berlin wird es schwer für die heimische Wirtschaft. Sowohl Thomas Windgassen als auch Markus Heinig als Vorsitzende sprachen deutliche Worte Richtung Koalitionsverhandlungen in Berlin. „Wir hatten 2017 eine wirklich gute Wirtschaftslage mit weiter sinkenden Arbeitslosenzahlen“, so Windgassen. „Damit das so bleibt brauchen wir eine stabile Regierung.“ Und forderte gleich Mal die Senkung der Arbeitslosenversicherung um 0,4 Punkte. Das Problem von fehlenden Fachkräften möchte der UVC auch mit Hilfe einer erfolgreichen Integration von Flüchtlingen begegnen. „Die Ausbildung ausländischer Jugendlicher gelingt nur, wenn auf den Spracherwerb geachtet wird.“ Windgassen machte auch deutlich, dass eine Integration nur gelingen könne, wenn man speziell weibliche Flüchtlinge im Arbeitsmarkt integriert. „Sie sind in Familien häufig eine Art Türöffner für die Integration.“ Gerade in Hinsicht auf den Brexit, aber auch auf den Handel im Allgemeinen sei Verlässlichkeit besonders wichtig. „Aus dem Blick der Unternehmer ist die Lage gut, gerade hier im Cuxland“, so Windgassen. Er sieht in Cux-



Der Geschäftsführer des UVC Markus Heinig verlangte nachdrücklich von der kommenden Bundesregierung den Abbau von Bürokratie sowie die Aufhebung der Deckelung bei der GEE

Foto: sh

haven das Offshore-Zentrum weiter an Bedeutung zunehmen, wies aber auch auf die Wichtigkeit des Tourismus in der Region hin. „Deshalb beteiligen wir uns auch am Ideenwettbewerb der Plambeck-Holding rund um den Alten Fischereihafen.“ Windgassen begrüßte in diesem Zusammenhang auch die neu eingerichtete Tourismusinitiative TVG. „Zusammen mit der Neugestaltung des Bahnhofes wird Cuxhaven mit dem Alten Fischereihafen sicher enorm an touristischer Bedeutung gewinnen.“

Auch Markus Heinig verwies auf die Chancen der heimischen Wirtschaft. „Die Lage ist gut, deshalb darf es auf keinen Fall gesetzliche Stolpersteine geben.“ Drei

Problemfelder sprach Heinig an. „Das Thema Rentenversicherung findet in der politischen Diskussion momentan gar nicht statt.“ Genauso möchte Heinig die Vermeidung „rechtsfreier Räume wie beim G20-Gipfel in Hamburg.“ Und auf keinen Fall dürfe der Hebesatz für die Gewerbesteuer erhöht werden. Eine Steilvorlage für den anwesenden Landrat Bielefeld. Der konterte in seiner Begrüßungsrede ebenso wie Oberbürgermeister Ulrich Getsch mit dem Hinweis auf die Entschuldungsverträge, die enge Grenzen bei solchen Entscheidungen setzen würden. Für Gesprächsstoff beim anschließenden lockeren Teil des Neujahrsempfanges war damit auch gesorgt.